

Aufruf des DGB-Düsseldorf zum 1. Mai 2013

Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen. Die Krise in der Eurozone ist noch lange nicht überstanden. Aus der Bankenrettungskrise ist längst eine soziale Krise geworden: Das Privatvermögen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung wird immer größer, der Staat dagegen ist ärmer geworden. Arbeitslosigkeit und Armut wachsen in vielen Ländern. Arbeitnehmerrechte werden in vielen europäischen Ländern abgebaut. Die Regierungen der meisten europäischen Staaten und die EU-Kommission haben – vor allem auf Betreiben der deutschen Bundesregierung - bislang lediglich untaugliche Rezepte vorgelegt: Fiskalpakt und Schuldenbremsen, die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Aussetzung sozialer und kollektiver Rechte.

Alle Länder der Europäischen Union sind in der Verantwortung zu verhindern, dass sich aus der Wirtschaftskrise Separatismus und Nationalismus sowie eine Krise der europäischen Idee und des demokratischen Rechtsstaats entwickeln.

Deutschland ist trotz seiner Exportabhängigkeit bislang gut durch die Krise gekommen. Die Eurokrise überwinden, Arbeitsplätze sichern und die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen gewährleisten: das bleiben entscheidenden Herausforderungen der nächsten Jahre. Die dabei entstehenden Kosten dürfen nicht einseitig den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern und VersorgungsempfängerInnen aufgebürdet werden.

Die Gewerkschaften fordern den Einstieg in einen weniger krisenanfälligen Pfad qualitativen Wachstums. Wir wollen ein Deutschland und Europa von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit; ein Deutschland und Europa, in denen die Arbeitnehmerrechte geachtet werden; ein Deutschland und Europa mit Sozialstaatlichkeit und Mitbestimmung; ein Deutschland und Europa, in dem die Menschen in Würde leben und arbeiten können.

Wir erwarten von den Parteien ein klares Bekenntnis zum Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland. Wir müssen den Industriestandort stärken, aber auch die Dienstleistungen weiterentwickeln und beides im Sinne der Nachhaltigkeit ausbauen. Für beides brauchen wir mehr Investitionen und Innovationen. Wohlstand, Lebensqualität und Arbeitsplätze erfordern ein nachhaltiges Wirtschaften, das Ressourcen schont und das Leben aller Menschen erleichtert. Der Schlüssel zu Innovationen liegt in der Bildung und Beteiligung der Arbeitnehmer. Wir müssen Talente und Begabungen junger und alter Menschen fördern und nutzen.

Wir wollen die Arbeits- und Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger verbessern und dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft gerechter und solidarischer wird. Dabei agieren der DGB und seine Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaften parteipolitisch unabhängig, aber nicht neutral. Als die Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit sind sie die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland und Europa. Daraus leiten wir Anforderungen an die politischen Parteien ab.

Es gibt Alternativen! –

Wir brauchen einen Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!